

Projektverbund PANDORA



c/o Prof'in Dr. Ursula Birsl (Koordinatorin)

Philipps-Universität Marburg
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften und
Philosophie

Institut für Politikwissenschaft

Tel.: +49/(0)6421/28-24426

Fax: +49/(0)6421/28-28991

E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

Sek.: +49(0)6421 / 28 24388

Anschrift: Wilhelm-Röpke-Str. 6 G

DE-35032 Marburg

Web: <http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft>

Marburg, 06.06.2017

Pressemitteilung, 6. Juni 2017, aktualisiert am 28.02.2018

Projektverbund PANDORA ist unter der Koordination der Philipps-Universität Marburg im März 2017 gestartet. Das BMBF fördert mit 2,6 Mio. Euro Forschung zur Wirkung von Propaganda in sozialen Medien auf Gewaltdynamiken in der realen Welt. Kontext ist die Debatte um Flucht und Asyl. Gegenstrategien sollen entwickelt werden.

Im März 2017 hat der Projektverbund „Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt. Ursachen, Verläufe und Gegenstrategien im Kontext der Debatte um Flucht und Asyl“, kurz: PANDORA, seine Arbeit aufgenommen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert den Verbund im Rahmen der Förderrichtlinie „Zivile Sicherheit - Aspekte und Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung“. Fünf Forschungseinrichtungen sowie ein Software-Unternehmen werden innerhalb der nächsten drei Jahre untersuchen, unter welchen Bedingungen extrem rechte und salafistisch-dschihadistische Propaganda im Internet zu Gewalt führen kann. Gemeinsam mit sieben Partnern aus der Praxis werden Maßnahmen entwickelt, Gewaltdynamiken frühzeitig zu erkennen und präventiv einer Radikalisierung entgegen zu wirken. Prof. Dr. Ursula Birsl von der Philipps-Universität Marburg koordiniert den Verbund.

Der Projektverbund PANDORA widmet sich dem Problem, dass soziale Medien zunehmend zu einem Ort aggressiver Austragung gesellschaftlicher sowie politischer Konflikte geworden ist. Extrem rechte und salafistisch-dschihadistische Akteure nehmen hieran teil und nutzen soziale Netzwerke als Plattform zur Propaganda und rufen über diese zur Gewalt auf. Im Kontext der Debatte um Flucht und Asyl ist nun eine Gewaltdynamik sowohl in den sozialen Netzwerken als auch in der realen Welt zu beobachten, die sich aber nicht allein auf das extrem rechte und salafistisch-dschihadistische Spektrum beschränkt, sondern weit darüber hinausreicht. PANDORA untersucht diese gewaltförmigen Diskurse in sozialen Medien und welche Mobilisierungs- und Radikalisierungseffekte diese in der realen Welt erzeugen. Diskurse und Mobilisierungsstrategien im Internet werden systematisch analysiert sowie kartographiert. Hierüber werden lokale Orte in der realen Welt ausgewählt, an denen Gewaltdynamiken zu beobachten sind und auch solche, an denen diese gestoppt werden konnten. An diesen lokalen Orten werden Milieustudien durchgeführt, um soziale Kontexte zu identifizieren, die Radikalisierungsprozesse über Internetkommunikation befördern oder auch verhindern. Ziel ist es also, Aufschluss über die Interaktion zwischen virtueller und realer Welt sowie über Radikalisierungsverläufe zu erhalten. Gleichzeitig soll untersucht werden, inwieweit sich Diskurse und Propaganda des rechten und salafistisch-dschihadistischen Spektrums ähneln.

In dem Projektverbund wird eine Software gestaltet, die den Sozialwissenschaften, aber auch den Sicherheitsbehörden neue Möglichkeiten der Meta-Datenerhebung und -analyse von Online-Aktivitäten eröffnet. Die Gestaltung und der Einsatz der Software sollen möglichst datenschutzfreundlich erfolgen. Auch wenn bei PANDORA nur offen zugängliche Kommunikation etwa über Facebook, Twitter oder Telegram systematisch erfasst und ausgewertet werden soll, stellen sich für die Forschung und erst recht für die Anwendung durch Sicherheitsbehörden neue datenschutzrechtliche, aber auch ethische Fragen. Diese werden von PANDORA mit dem Ziel aufgegriffen, die Untersuchung mit hohen grundrechtlichen Standards durchzuführen und darüber hinaus Vorschläge zu erarbeiten, das Recht weiter zu entwickeln.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse sollen für Polizeien, Betreiber von Asylunterkünften sowie Träger von Präventionsprogrammen und der politischen Bildung aufbereitet und gemeinsam mit den Praxispartnern in konkrete Maßnahmen überführt werden. So wird ein Monitoring-Konzept entwickelt, das es ermöglichen soll, Signale für Radikalisierungsdynamiken frühzeitig zu erkennen und vorbeugend oder deradikalisierend eingreifen zu können. Für Präventionsprogramme und die politische Bildung werden Konzepte entwickelt, die eine demokratische und damit friedliche, gewaltfreie Auseinandersetzung mit strittigen Themen im Kontext der Debatte um Flucht, Asyl und Einwanderung sowie mit gesellschaftlichen Konflikten unterstützen.

Der Projektverbund PANDORA im Überblick:

| Institutionen | Ansprechpartnerinnen/-partner |
|--|---|
| Forschung | |
| Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Leibniz-Institut HSFK) | Dr. Julian Junk, Prof. Dr. Christopher Daase, Hande Abay, Manjana Sold |
| Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) | Dr. Martin Kahl, Dr. Janina Pawelz |
| Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Abteilung Rechtswissenschaften (JGU) | Prof. Dr. Matthias Bäcker, Dr. Sebastian J. Golla, Henning Hofmann |
| Munich Innovation Labs UG (haftungsbeschränkt) | Dr. Stefan Taing, Stefan, Dr. Jens Elsner, Mathias Uhlenbrock |
| Philipps-Universität Marburg (UMR), Institut für Politikwissenschaft (Koordination des Projektverbundes) | Prof. Dr. Ursula Birsl, Anja Schmidt-Kleinert, Ina Pallinger, Laura Jäkel |
| Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) | Dr. Robert Pelzer, Mika Möller |
| Praxispartnerinnen und -partner | |
| Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. | |
| Bundeskriminalamt, KI IZ 32-Forschungsstelle Extremismus/Terrorismus | |
| Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Referat 125: Demokratie und Vielfalt | |
| Bundeszentrale für politische Bildung | |
| Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW)/Innenministerium Baden-Württemberg | |
| Landeskriminalamt Niedersachsen | |
| Landeskriminalamt Baden-Württemberg | |

Kontakt:

Philipps-Universität Marburg
 Institut für Politikwissenschaft
 Prof. Dr. Ursula Birsl (ursula.birsl@staff.uni-marburg.de)
 Anja Schmidt-Kleinert (anja.schmidtkleinert@staff.uni-marburg.de)